

Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 11.01.2006

Vorlage Nr. 06-F-24-0001

Auswirkungen des § 144a Hessisches Schulgesetz

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.1.2006 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Ausschuss Schule und Kultur setzt sich mit Nachdruck für eine zweijährige Bewährungsfrist für die Erhaltung der Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule sowie der Förderstufe der Gustav-Stresemann-Schule und des Realschulzweigs der Kellerskopfschule ein und begrüßt daher die Entscheidung des Magistrats.

Der Ausschuss begrüßt außerdem die Anstrengungen der Landeshauptstadt Wiesbaden und auch der Wilhelm-Leuschner-Schule selbst zur Stabilisierung ihrer Oberstufe, die zu einem erkennbaren Anwachsen der Schülerzahlen geführt hat.

Der Magistrat wird deshalb gebeten,

- **sich in Gesprächen mit dem Hessischen Kultusministerium für eine zweijährige Aussetzung der angeordneten Schließung der Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule sowie der Förderstufe der Gustav-Stresemann-Schule und des Realschulzweigs der Kellerskopfschule einzusetzen mit dem Ziel, bis zum Jahr 2008 die Mindestschülerzahl zu erreichen;**
- **sich beim Kultusministerium für eine Ausnahmeregelung nach Artikel 7 Qualitätssicherungsgesetz des Hessischen Schulgesetzes einzusetzen;**
- **beim Kultusministerium eine zügige Genehmigung des Wiesbadener Schulentwicklungsplanes einzufordern.**

Beschluss Nr. 0001

Der Magistrat wird gebeten,

- sich in Gesprächen mit dem Hessischen Kultusministerium für eine zweijährige Aussetzung der angeordneten Schließung der Oberstufe der Wilhelm-Leuschner-Schule sowie der Förderstufe der Gustav-Stresemann-Schule und des Realschulzweigs der Kellerskopfschule einzusetzen mit dem Ziel, bis zum Jahr 2008 die Mindestschülerzahl zu erreichen;
- sich beim Kultusministerium für eine Ausnahmeregelung nach Artikel 7 Qualitätssicherungsgesetz des Hessischen Schulgesetzes einzusetzen;
- beim Kultusministerium eine zügige Genehmigung des Wiesbadener Schulentwicklungsplanes einzufordern.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .01.2006

Scholz
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .01.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .01.2006

Dezernat VIII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl
Oberbürgermeister